

Protokoll Nr. 8/2015 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft der Stadt Wilhelmshaven am Montag, den 12. Oktober 2015 um 14:00 Uhr im Ratssaal des Rathauses

Oberbürgermeister:

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglieder CDU-Fraktion:

Bürgermeisterin Ursula Glaser
Ausschussmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Beigeordneter Helmut Möhle
Ausschussmitglied Prof. Günter Reuter

Mitglieder SPD-Fraktion:

Bürgermeister Holger Barkowsky
Ausschussmitglied Peter Debring
Beigeordneter Karlheinz Föhlinger
Ausschussmitglied Howard Jacques
Beigeordneter Michael Veh

Mitglieder WBV-Fraktion:

Stellv. Ausschussvorsitzender Stefan Becker
Ausschussvorsitzende Katja Breuer
Ausschussmitglied Erika Lach

Mitglieder Gruppe UWG/Grüne:

Beigeordneter Michael von den Berg
Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Dezernenten:

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtrat Oliver Leinert

von der Verwaltung:

Arnold Preuß - Fachbereichsleitung 13 *(bis einschl. TOP 4.5)*

Insa Rogel - Fachbereich 13

Heike Hanseemann - Leiterin Rechnungsprüfungsamt

Jörg Valnion - Fachbereichsleitung 20

Torben Müller - Fachbereich 20

Jessica Zahn, Stadtinspektoranwärterin - Fachbereich 20

als Gast:

Jürgen Janßen - Geschäftsführer WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH

Reinhold Keil - Geschäftsführer Klinikum Wilhelmshaven gGmbH

Ratsmitglied Helga Weinstock

Protokollführung:

Protokollführerin Nicole Libera-Matull - Fachbereich 20

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 14.09.2015
- 4 Vorlagen an den Rat:
 - 4.1 Bericht der Stadt Wilhelmshaven über Eigengesellschaften, Beteiligungen und Sondervermögen mit den Jahresabschlüssen 2012 - 2014 **253/2015**
 - 4.2 Wirtschaftsplan GGS 2016 **255/2015**
 - 4.3 Wirtschaftsplan 2016 Reinhard-Nieter-Krankenhaus – Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven (RNK – Eigenbetrieb) **232/2015**
 - 4.4 Wirtschaftsplan 2016 der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH **258/2015**
 - 4.5 Wirtschaftsplan 2016 der Beteiligungsgesellschaft der Stadt Wilhelmshaven mbH (BSW) **257/2015**
 - 4.6 2. Nachtragshaushaltssatzung 2015 / 2016 der Stadt Wilhelmshaven **259/2015**
- 5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss:
 - 5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Verwaltungsausschuss **249/2015**
- 6 Angelegenheiten der Rechnungsprüfung: - keine -
- 7 Mitteilungen und Anfragen:
 - 7.1 Budget- und Produktberichterstattung zum Stichtag 31.08.2015

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie vorgetragen festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 14.09.2015

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 14.09.2015 wurde einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Bericht der Stadt Wilhelmshaven über Eigengesellschaften, Beteiligungen und Sondervermögen mit den Jahresabschlüssen 2012 - 2014 **253/2015**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug den Beschlussvorschlag vor, wies darauf hin, dass es sich um eine Informationsvorlage handelt und bat um Wortmeldungen.

Herr Oberbürgermeister Wagner erläuterte kurz den Beteiligungsbericht. Dabei ging er insbesondere auf die aktuelle Konzernstruktur, erfolgte Veränderungen in der Konzernstruktur sowie die Jahresergebnisse ein.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven nimmt den vorgelegten Beteiligungsbericht 2015, mit den Jahresabschlüssen 2012 – 2014, in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

4.2 Wirtschaftsplan GGS 2016 **255/2015**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug den Beschlussvorschlag vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Föhlinger stellte zur Beschlussvorlage den nachfolgend aufgeführten gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD:

Die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt Wilhelmshaven beantragen, den „Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven für das Haushaltsjahr 2016“ (Beschlussvorlage Nr. 255/2015) wie folgt zu ändern:

Seite 7: „Friedenstrasse 60/62, Zusammenlegung Berufsschulen“:

Die Zuschüsse aus dem Kommunalen Investitionsprogramm (KIP) sind um ein Jahr vorzuziehen (2016: 920.000 € und 2017: 880.000 €).

Die Sanierung des Baubestandes der BBS II ist um ein Jahr vorzuziehen (2016: 1.150.000 € und 2017: 1.100.000 €).

Die Ansätze für den Anbau und den Umbau der BBS II in 2018 und 2019 sind zu streichen, dafür sind in 2016 500.000 €, in 2017 2.500.000 €, in 2018 4.400.000 € und in 2019 1.400.000 € einzusetzen.

Die Fertigstellung des An- und Umbaus soll im Sommer 2018 erfolgen, danach nur noch verzögerter Mittelabfluss bzw. Restarbeiten.

Seite 8: „Wartehestr. 10, OBS Nord – Zusammenlegung“:

Alle Ansätze sind zu streichen. In 2018 sind dafür 100.000 € und in 2019 4.900.000 € einzusetzen.

Die Inbetriebnahme der OBS Nord soll im Sommer 2019 (nach Fertigstellung Um- und Neubau) erfolgen. Nach erfolgter Inbetriebnahme verzögerter Mittelabfluss für Restsumme sowie Sanierung des Bestandes usw. in Höhe von 4.000.000 € in 2020.

Frau Lach stellte für die WBV-Fraktion folgenden Änderungsantrag zur Vorlage:

Wir beantragen folgende Änderung:

1. Die Maßnahme „Herrichtung Büroflächen FB 40 + 51 (Seite 11) wird auf mindestens 2018 verschoben
(Planung: 2018: 300.000 € + VE 2.100.000 €; Planung 2019: 1.700.000 €, Rest 400.000 € in 2020).
2. Die Planungen betreffend „Friedenstraße 60/62 Zusammenlegung Berufsschule“ (Seite 7) werden nicht zu Lasten OBS Nord vorrangig bedient; die Maßnahmen betreffend OBS Nord werden schnellstmöglich wie eingeplant umgesetzt.
Um die Zusammenlegung der Berufsschulen am Standort Friedenstraße 60/62 möglichst zügig durchzuführen und den Standort Heppens aufgeben zu können, wird seitens GGS geprüft, in wieweit der im WiPl aufgeführte notwendige Anbau/ Umbau gegenüber der Bestandssanierung vorgezogen (getauscht) werden kann. Sofern hierfür vorzeitig weitere Mittel erforderlich sein sollten, sind diese aus der Verschiebung/ zu Lasten der Maßnahme „Herrichtung Büroflächen FB 40“ (siehe 1.) einzuplanen.

Herr Oberbürgermeister Wagner machte hinsichtlich des Änderungsantrages der WBV-Fraktion darauf aufmerksam, dass es sich nicht ausschließlich um den Fachbereich 40 handelt, sondern in ganz wesentlichen Aspekten um den Fachbereich 51 – Jugend. Dieser umfasse den Themenbereich „Migration und Flüchtlinge“. Angesichts des Platzmangels seien bei Herausnahme der Maßnahme alternative Flächenszenarien zu erstellen oder aber in letzter Konsequenz könnten die momentan erbrachten Leistungen im Bereich „Jugendhilfe, Schulen und Migrationsarbeit“ in Zukunft nicht mehr erbracht werden. Für das benötigte Personal würden entsprechende Büroflächen benötigt, um die Pflichtaufgaben erfüllen zu können und um nicht mit ungewollten Konsequenzen konfrontiert zu werden.

Herr Stoffers merkte ergänzend an, dass im Rahmen der Flüchtlingsproblematik zahlreiche sogenannte unbegleitete minderjährige Jugendliche erwartet werden. Für diese minderjährigen Jugendlichen seien Amtsvormunde zu bestellen bzw. einzustellen. Aus den erhöhten Fallzahlen und gestiegenen inhaltlichen Aufgabenstellungen resultiere ein vermehrter Personalbedarf, der mit den entsprechenden Ressourcen auszustatten sei.

Frau Breuer ging auf den Änderungsantrag der WBV-Fraktion ein. Der Antrag umfasse nicht nur den Fachbereich 40, sondern auch den Fachbereich 51, der Auszug aus dem Wirtschaftsplanentwurf GGS 2016 sei beigefügt. Der Personalbedarf sei nachvollziehbar. Ziellinie des Antrages sei es, dafür Sorge zu tragen, die Oberschule Nord nicht aus dem Plan zu verwerfen, sondern Chancengleichheit unter den Schulen zu gewährleisten, insbesondere den Stadtnorden nicht abzuhängen. GGS habe in der Vergangenheit eine Menge Maßnahmen im Bereich der Schulen umgesetzt, von denen aber der Stadtnorden bisher nicht profitiert habe. Abschließend ging **Frau Breuer** kurz auf die Situation der Oberschule Nord ein.

Für die Dauer ihres Wortbeitrages gab die Vorsitzende, Frau Breuer, den Vorsitz an den stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Becker, ab.

Im Weiteren ergab sich ein ausführlicher Meinungsaustausch, an dem sich die **Herren Becker, Debring, Föhlinger, Heinemann, Hellwig, Leinert, Möhle, Oberbürgermeister Wagner** und **Frau Lach** beteiligten. **Herr Föhlinger** gab zu Beginn des Meinungsaustausches dem Ausdruck, dass der Zeitrahmen durch den im Jahr 2013 vom Rat verabschiedeten Schulentwicklungsplan vorgegeben sei. Es stelle sich als glücklicher Umstand dar, dass die BBS nun nicht in das ehemalige KKG-Gebäude umziehe, womit es möglich sei, den Umbau der Oberschule Stadtmitte vorzuziehen. Themenschwerpunkt der weiteren Diskussion bildete die Situation an der Oberschule Nord und der BBS sowie insgesamt das Spektrum der zahlreichen zu bewältigenden Aufgabenstellungen.

Nach Beendigung des Meinungsaustausches ließ die Vorsitzende, **Frau Breuer**, über die gestellten Änderungsanträge abstimmen. Die Abstimmung erfolgte in der Reihenfolge der gestellten Änderungsanträge, da nicht ersichtlich war, welcher der

beiden Anträge die weitergehenden Abweichungen gegenüber der Beschlussvorlage enthält.

Abstimmung über den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen CDU und SPD:

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen: Ja: 10 Nein: 5 Enthaltungen: 0

Abstimmung über den Antrag der WBV-Fraktion:

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt: Ja. 4 Nein: 10 Enthaltungen: 1

Abschließend ließ die Vorsitzende, **Frau Breuer**, über die Beschlussvorlage unter Berücksichtigung bzw. Einbezug des zuvor angenommenen gemeinsamen Änderungsantrages der Fraktionen CDU und SPD abstimmen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt- *(geändert)*

Der Wirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGG) wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Kreditaufnahmen sind in Höhe von 10.782.200 € vorgesehen.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 4.856.500 € festgesetzt

4.3 Wirtschaftsplan 2016 Reinhard-Nieter-Krankenhaus – Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven (RNK – Eigenbetrieb) **232/2015**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug den Beschlussvorschlag vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Oberbürgermeister Wagner erläuterte, dass aufgrund des engen Sachzusammenhanges zwischen den Beschlussvorlagen 232/2015, 258/2015 und 259/2015 bereits unter diesem Tagesordnungspunkt eine zusammenfassende umfangreiche Information zum Projekt „Neubau Klinikum“ erfolge. Anschließend ging **Herr**

Wagner kurz auf die Historie sowie die aus der Fragestellung der Zukunftsfähigkeit resultierende Zusammenlegung der beiden Wilhelmshavener Krankenhäuser zu einem Haus ein. Anspruch bzw. Zielrichtung der Stadt sei die Sicherstellung der bestmöglichen Versorgung der Bevölkerung. Im Weiteren skizzierte **Herr Wagner** die erste Planungsphase, in der acht Planungsbüros Ideen nebst überschlagsmäßigen Kostenkalkulationen hierzu vorgestellt haben. Nun seien tiefergehende Planungen erforderlich. Hierfür solle ein Finanzrahmen von 5,0 Mio. € bereitgestellt werden. Des Weiteren ging Herr Wagner kurz auf die Baukosten des Neubaus einschließlich aller weiteren Investitionskosten von insgesamt rund 165 Mio. € sowie auf die vom Land in Aussicht gestellte Förderung von maximal 100 Mio. € ein. Der Restbetrag von 65 Mio. € sei über Kreditaufnahmen zu finanzieren. Abschließend veranschaulichte **Herr Wagner**, dass eine Privatisierung keine Alternative darstelle, gerade auch aus finanziellen Aspekten heraus bzw. im Hinblick auf die Personalgestaltung. Der Neubau habe für die Stadt Wilhelmshaven einen Leuchtturmcharakter und impliziere zugleich wirtschaftsfördernde Parameter.

Im Anschluss stellte **Herr Keil** mittels einer Präsentation die Grob- bzw. Ablaufplanung zum Neubau, den kostentechnischen Vergleich zwischen dem Neubau und einem Umbau bzw. einer Sanierung des bestehenden Gebäudes, den Kostenrahmen des Neubaus, die finanziellen Perspektiven und Ergebnisse der Wirtschaftsplanung aus heutiger Sicht, die Finanzierung einschließlich des daraus resultierenden Schuldendienstes sowie den betriebswirtschaftlichen Vergleich des ersparten Aufwandes, wie z. B. Mietzahlungen und Heizkosten, gegenüber dem resultierenden Schuldendienst dar.

Herr von den Berg erklärte, dass er bzw. Bündnis 90/ Die Grünen dem Beschlussvorschlag nicht folgen werde, da Bedenken bestehen, inwieweit die Stadt die aus einem solchem Investitionsvorhaben resultierenden Folgekosten tragen könne.

Herr Oberbürgermeister Wagner verdeutlichte den engen Zusammenhang zum Haushaltssicherungskonzept, das Teil des dritten Nachtrages sei. Der Neubau des Klinikums biete die Chance, dieses mit einem sogenannten Nullzuschuss seitens der Kommune zu betreiben. Ohne eine Erneuerung sei jährlich mit hohen Zuschüssen des Kernhaushaltes an das Klinikum zu rechnen. Im zweiten Nachtragshaushalt werde daher der für die weitere Planung benötigte Betrag von 5 Mio. € bereitgestellt.

Herr Prof. Reuter nahm auf die Ausführungen von Herrn Oberbürgermeister Wagner Bezug und führte aus, dass zu bedenken sei, dass bei Fortführung der bisherigen Linie der Zuschussbetrag über Jahre nicht nur festgeschrieben werde, sondern mit einem Anstieg zu rechnen sei. Eine schwarze Null sei dann nicht zu erreichen. Für einen Neubau des Klinikums sei die Einstellung der erforderlichen Planungsmittel unabdingbare Voraussetzung.

Sodann ließ die Vorsitzende, **Frau Breuer**, über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der beiliegende Wirtschaftsplan des RNK – Eigenbetriebes 2016 wird beschlossen.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 1.400.000 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite für das Wirtschaftsjahr 2016 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 4.000.000,00 € festgesetzt.

Verpflichtungsermächtigungen sind im Wirtschaftsplan 2016 nicht vorgesehen.

4.4 Wirtschaftsplan 2016 der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH

258/2015

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug den Beschlussvorschlag vor und bat um Wortmeldungen.

- keine Wortbeiträge -

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2016 der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH (KW gGmbH) mit einem ausgewiesenen Verlust in Höhe von 5.304.769 Euro wird – vorbehaltlich des Beschlusses über die Beschlussvorlage Nr. 259/2015 (2. Nachtragshaushaltssatzung 2015/2016 der Stadt Wilhelmshaven) – zugestimmt.

4.5 Wirtschaftsplan 2016 der Beteiligungsgesellschaft der Stadt Wilhelmshaven mbH (BSW)

257/2015

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug den Beschlussvorschlag vor und bat um Wortmeldungen.

- keine Wortbeiträge -

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven nimmt den Wirtschaftsplan 2016 der Beteiligungsgesellschaft der Stadt Wilhelmshaven mbH (BSW) zur Kenntnis.

4.6 2. Nachtragshaushaltssatzung 2015 / 2016 der Stadt Wilhelmshaven **259/2015**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug den Beschlussvorschlag vor und bat um Wortmeldungen.

- keine Wortbeiträge -

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt gem. § 58 Abs. 1 Nr. 9 i. v. m. § 115 NKomVG die 2. Nachtragshaushaltssatzung 2015/2016 der Stadt Wilhelmshaven.

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Verwaltungsausschuss **249/2015**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug den Beschlussvorschlag vor und bat um Wortmeldungen.

- keine Wortbeiträge -

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Annahme der folgenden Zuwendung(en):

Zuwendender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Gerd-Möller-Stiftung, Dr. Stephan Kolschen, Kantstr. 14, 26384 Wilhelmshaven	1.400,00 €	finanzielle Unterstützung zur Anschaffung von drei Mofarollern an der Oberschule Stadtmitte für einen Kurs zur Vorbereitung auf die Mofa-Führerscheinprüfung
2. Herr Jürgen Breeden, Erlenweg 7, 26452 Sande	107,50 €	Geldspende an den Altenhilfe-Besuchsdienst der Stadt Wilhelmshaven

6 Angelegenheiten der Rechnungsprüfung

- keine -

7 Mitteilungen und Anfragen

7.1 Budget- und Produktberichterstattung zum Stichtag 31.08.2015

Herr Valnion gab anhand einer kurzen Präsentation einen Überblick über den Stand des Haushaltes zum Stichtag 31.08.2015. Danach stelle sich die finanzielle Sachlage dergestalt dar, dass das im Ursprungshaushalt ausgewiesene Plandefizit von 7,3 Mio. € im ersten Nachtrag auf rund 3,1 Mio. € reduziert werden konnte. Nach derzeitigem Stand der Budgetberichte zum 31.08.2015 könne mit Mehrerträgen von 7,0 Mio. € und Mehraufwendungen von 4,2 Mio. € gerechnet werden, so dass sich saldiert eine weitere Verbesserung von 2,8 Mio. € ergibt. Daraus resultierend verringere sich das zum 31.12.2015 zu erwartende Defizit auf 0,3 Mio. €. Nach allerneuesten Erkenntnissen wird die Reduzierung der Baugenehmigungsgebühren nicht so stark wie noch zum 31.08.2015 angenommen ausfallen, so dass davon ausgegangen werden könne, einen Ausgleich, also eine schwarze Null, zu erzielen. Im Weiteren ging **Herr Valnion** auf die größten Abweichungen in den jeweils betroffenen Budgets ein. Abschließend führte **Herr Valnion** aus, dass es Zielrichtung sei, in den Folgejahren einen Ausgleich zu erreichen, da dies zugleich die Chancen hinsichtlich des Volumens der Kreditgenehmigung bei GGS erhöhe. **Herr Valnion** rief hierzu die Einschränkung der Kreditgenehmigung GGS in Erinnerung, mit der die Aufsichtsbehörde die wirtschaftliche Leistbarkeit des Schuldendienstes in Frage gestellt habe.

Herr Oberbürgermeister Wagner führte ergänzend aus, dass zurzeit allerdings davon auszugehen sei, dass für das Haushaltsjahr 2016 noch kein ausgeglichenes Ergebnis erreicht werden könne. Zum einen sei zu bedenken, dass die positive Entwicklung im Bereich der Gewerbesteuer wiederum eine Verringerung im Finanzausgleich nach sich ziehe und zum anderen sei die Fragestellung der Auswirkungen der augenblicklichen Schwierigkeiten des VW-Konzerns auf die Standorte Emden, Braunschweig und Wolfsburg nicht zu unterschätzen. Diese Kommunen seien bisher im Hinblick auf den kommunalen Finanzausgleich Netto-Einzahler gewesen. Ziel sei nach wie vor im Jahr 2019 einen ausgeglichen Haushalt auszuweisen – einerseits vor dem Hintergrund die Stabilisierungshilfe zu erhalten und andererseits nach gesetzlicher Vorgabe.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 15:39 Uhr

Wagner
Oberbürgermeister

Breuer
Vorsitzende

Libera-Matull
Protokollführerin